



Foto: argus/frsichmuth

Ökologisch hui – sozial pfui?

Soziale und gesundheitliche Aspekte der erneuerbaren Energie

Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Bis 2020 werden in dieser Wachstumsbranche rund 500.000 Arbeitsplätze erwartet. Es ist inzwischen eine weltweit expandierende Industrie entstanden. Unternehmen, die teilweise rasend schnell gewachsen sind und der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. Nachfrage personell und organisatorisch kaum hinter her kommen. Darunter sehr viele neue, häufig mittelständische Unternehmen.

Die Erneuerbaren sind wirtschaftlich längst in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen. Anlagenbauer wie Siemens verdienen inzwischen umfangreich an ihnen und im Bankenbereich sind Investition und die „Energie-wende“ längst zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Idealismus, wie er in den frühen Anfangsjahren der erneuerbaren Energie Pflicht war, um gegen Vorurteile, Ignoranz und schwierige Marktlage durchzuhalten, ist heute zwar noch spürbar. Mit den Märkten wächst aber auch die schnöde Erkenntnis: Mit Sonne, Wind und Wasser, mit Blockheizkraftwerken lässt sich nicht nur die CO₂-Bi-

lanz verbessern, sondern schlicht sehr gut Geld verdienen. Kein Wunder, wenn in letzter Zeit verstärkt Klagen von Beschäftigten über die Arbeitsbedingungen in einigen Unternehmen laut werden (siehe Beispiele im Kasten).

Grund genug, nicht nur die energiepolitischen Perspektiven beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Blick zu haben, sondern sich auch mit den sozialen Bedingungen dieser Branche auseinander zu setzen. Diese Erkenntnis greift im Umfeld der Umweltbewegung langsam Raum. Am 17. September wird es in Hannover einen ersten Kongress

geben, auf dem diese Probleme zum Thema gemacht werden. Unter dem Titel „Wende in der Atompolitik“ wird einerseits die Notwendigkeit eines Atomausstiegs angesichts des völligen Scheiterns der dauerhaften Lagerung des Atommülls beleuchtet. Andererseits werden die energiepolitischen Perspektiven des Ausbaus der erneuerbaren Energien untersucht. Erstmals wird es dabei auch um die sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien gehen, zu dem vor allem Gewerkschafter aus verschiedenen IG Metall Bezirken bzw. Verwaltungsstellen beitragen werden.

Dass die IG Metall hier besonders aktiv ist, hat seine Gründe: Auch sie ist von den gravierenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüchen stark betroffen und muss sich angesichts sinkender Mitgliederzahlen einiges einfallen lassen. Da ist die Wachstumsbranche der erneuerbaren Energien natürlich interessant. Allerdings haben diese neuen Betriebe mit der bisherigen Wirtschafts- bzw. Arbeitskultur herzlich wenig zu tun. Die Gewerkschaften stehen allzu häufig vor dem Tor, nicht aber im Betrieb.

Im Zentrum stehen soziale oder auch gesundheitliche Belange der KollegInnen in den Betrieben, bei denen sich die Gewerkschaften als Partner anbieten wollen. Sei es bei der Frage von Betriebsräten, Tarifverträgen, Löhnen und Gehältern, der Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen und vieles mehr.

Ökologisch, sozial, gerecht...

Keine Frage: Die sozialen oder gesundheitlichen Probleme, die es in einigen Unternehmen der erneuerbaren Energien gibt, sind kein Grund, nicht an der Energiewende festzuhalten! Angesichts der globalen Bedrohungen durch Klimakatastrophe und atomaren Risiken ist der Ausbau der erneuerbaren Energien von entscheidender Bedeutung für den Umbau unserer Energieversorgung. Immerhin handelt es sich hier um Bedrohungen, die den gesamten Planeten betreffen und unter deren Auswirkungen schon viele Millionen Menschen heute konkret leiden!

Doch die Umweltbewegung könnte hier Verantwortung übernehmen und nicht nur auf hohe ökologische Standards, sondern auch auf gesunde und sozial gerechte Arbeitsbedingungen bestehen! Schließlich kaufen wir ja auch keine Ökotepiche aus Kinderhand!

Die erneuerbaren Energien stehen in der Vorstellung vieler Menschen zu Recht für eine umweltfreundliche und auch gerechtere Welt. Das muss auch bedeuten, dass die Arbeitsbedingungen in dieser Branche an solchen Ansprüchen gemessen werden dürfen. Dieser Verantwortung müssen sich die Unternehmen stellen. Dass dies nicht von heute auf morgen klappt, dass es angesichts des enormen Wachstums dieser Branche und hohem Druck zu Schieflagen, Fehlern und Mängeln kommt, ist sicher unvermeidlich. Aber das Ziel muss klar sein und darüber muss man reden!

Dirk Seifert, Energiereferent von ROBIN WOOD in Hamburg, energie@robinwood.de

Gesundheitsprobleme beim Rotorenbau?

In diesem Frühjahr haben die Organisier der IG Metall gemeinsam mit der regionalen Verwaltungsstelle im Raum Emden mit einer Kampagne im Bereich der Windanlagenhersteller in Ostfriesland begonnen. Vor allem um die Firma Bard in Emden ist es in den letzten Wochen zum Konflikt gekommen. Bard gehört zu den Unternehmen, die in den letzten Jahren enorm gewachsen sind. 700 MitarbeiterInnen sind es in den letzten drei Jahren geworden. Hinzu kommen noch einmal 300 LeiharbeiterInnen.

Seit einiger Zeit, so die IG Metall, häufen sich die Beschwerden von MitarbeiterInnen über gesundheitliche Probleme. Verstärkt soll zu allergischen Reaktionen bei MitarbeiterInnen gekommen sein, so die IG Metall. Atembeschwerden, Nasenbluten und rote, schuppige Haut sowie Juckreiz seien vermehrt aufgetreten. Die könnten, so der Verdacht, durch den Einsatz eines Epoxidharzes entstehen, der bei der Fertigung von Rotorblätter für Windanlagen eingesetzt wird: Epikure Curing Agent MGS LH 136. Laut Herstellerangaben kann dieses Material zu schweren Verätzungen führen, birgt die die Gefahr ernster Augenschäden und kann zu einer Sensibilisierung bei Hautkontakt führen. Die Fortpflanzungsfähigkeit kann beeinträchtigt werden und Personen mit vorhandenen Allergien sollten keinen Kontakt mit diesem Material haben.

Klar also, dass an die Verarbeitung dieses Stoffes hohe Arbeitsschutzanforderungen zu stellen sind. Doch, so der Vorwurf der IG Metall: Unterweisungen im Umgang mit dem Epoxidharz seien unzureichend, die Arbeitsschutzmaßnahmen mangelhaft. Bei Bard werde angesichts voller Auftragsbücher unter Hochdruck gearbeitet. Um die Aufträge schneller zu erledigen, kommt ein Härter zum Einsatz, der besonders schnell abbindet, - aber auch besonders giftig sei. Außerdem gäbe es eine sehr hohe Staubbelastung in dem Betrieb.

Mit Aktionen und Flugblättern macht die IGM auf diese Probleme aufmerksam. Die Firmenleitung reagiert, ruft eine MitarbeiterInnenversammlung ein und es wird über mehr Gesundheitsschutz gesprochen. Doch Anfang Juli demonstrieren 400 Beschäftigte von Bard vor der IG-Metall-Geschäftsstelle und werfen ihr vor, Arbeitsplätze zu gefährden. Die Kampagne der IG Metall würde KundInnen abschrecken. Inwieweit die Vorwürfe der IG Metall stimmen, ob einige Wenige betroffen sind oder Gesundheitsprobleme für einen größeren Teil der Belegschaft bestehen, ist derzeit schwer zu beurteilen.

Leiharbeit für das Klima?

Auch ein zweiter Bereich lohnt das Hinblicken: Allein 300 MitarbeiterInnen bei Bard Energy sind LeiharbeiterInnen. Das sind fast 50 Prozent der Beschäftigten. Und die IG Metall behauptet, dass es für dieselbe Arbeit bei Bard fünf unterschiedliche Löhne gibt. Mit Gerechtigkeit hätte das sicherlich nichts zu tun.

Apropo Leiharbeit: Die Firma AMBAU GmbH in Cuxhaven, Hersteller für Offshore- und Onshore Turmsegmente, hat gleich eine eigene Personalservice GmbH mit gegründet. Hier werden LeiharbeiterInnen beschäftigt, die hauptsächlich bei AMBAU arbeiten. Von den 108 Beschäftigten im Werk in Cuxhaven sind 51 LeiharbeiterInnen. Einen Betriebsrat gibt es nicht, nachdem ein Beschäftigter, der sich vor einem Jahr für die Gründung eines Betriebsrats stark gemacht hatte, entlassen wurde.

Ein Deal für Arbeit und Umwelt

In diesen wirtschaftlich turbulenten Zeiten sind Gewerkschaften und Betriebsräte in erster Linie mit der Sicherung von Arbeitsplätzen gefordert. Es geht uns ausdrücklich auch um den Erhalt leistungsfähiger Industriestrukturen. Wir sehen einen engen Zusammenhang zwischen einem starken industriellen Sektor und gesellschaftlichen Wohlstand. Mit dem Plädoyer zu Gunsten von Wirtschaftswachstum und industrieller Produktion geht es nicht darum, die Auswahl an Waschmitteln und den Variantenreichtum von Fahrzeugen zu vervielfachen. Vielmehr geht es darum, die Produkte sowie die Produktionstechniken auf die Anforderungen einer ressourcensparenden und klimaverträglichen Ökonomie auszurichten.

Gerade für die vielen materiell sich erst noch entwickelnden Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika muten Null-Wachstums-Überlegungen illusorisch an: Die Mehrzahl der Weltbevölkerung wartet noch auf Wohlstand! Global betrachtet lautet die Alternative nicht Pro oder Contra Wachstum! Die Herausforderung besteht darin, schaffen wir den Wechsel vom kohlenstoffintensiven Pfad hin zu einem klima- und sozialverträglichen Wirtschaftswachstum.

Eine globale ökologisch Wachstumstrategie

Es ist richtig, der Klimawandel ist wesentlich durch die industrielle Entwicklung verursacht worden. Die Industrie verfügt aber auch über das Potential, um diesen zu bewältigen. Wir müssen die Frage beantworten, mit welchen Technologien der stetig steigende Primärenergiebedarf gedeckt werden kann.

Eine solche Sichtweise ist für die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeit kein Automatismus. Klimaschutz, die damit verbundene Senkung von Emissionen, die Verknappung von Energie und Rohstoffen, all das könnte auch als Gefahr für Arbeitsplätze betrachtet werden. Wir sind der Überzeugung, dass eine doppelte Dividende zu Gunsten von Arbeit und Umwelt grundsätzlich möglich ist. Jedoch wissen wir natürlich um die Probleme und Konflikte im Einzelfall. Es gibt Sektoren und Betriebe, in denen Arbeit und Umwelt im Widerspruch stehen. Dies darf für die Gewerkschaften aber nicht zu einer defensiven Strategie des Aussitzens führen.

Umweltschutz und grüne Technologien sind vor allem eine gewaltige Chance für nachhaltig sichere Arbeitsplätze. Aus Sicht der IG Metal geht es um eine Energiewende, die auf erneuerbare Energien setzt, die weltweit den Einsatz von hocheffizienter konventioneller Kraftwerkstechnik voranbringt und massiv in die Steigerung der Energieeffizienz investiert. Der Energiewende wird jedoch nur dann gelingen, wenn in

den Branchen der erneuerbaren Energien faire Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden können. Da besteht eindeutig Nachholbedarf!

Innovationsbremse Atomenergie

Wenn heute im Regierungslager über verlängerte Restlaufzeiten für Atomkraftwerke debattiert wird, so ist das ein falsches Signal. Es sind nicht nur die ungelöste Endlagerung und das Risikopotential dieser Technik, die die IG Metall zu einer deutlichen Haltung in der Atomfrage bringt. Eine Laufzeitverlängerung hätte sofort negative Auswirkungen auf die privaten Investitionspläne in neue Zukunftstechnologien einer klimaverträglichen und nachhaltigen Energieversorgung. Es wäre dann bald vorbei mit der Erschließung und Förderung regenerativer Energien und der nötigen Effizienzsteigerung des konventionellen Kraftwerksparks.

Statt in der Energiepolitik nachhaltige Wege zu beschreiten, würde einfach weiter mit den Altanlagen Kasse gemacht. Das Gewinninteresse ist nachvollziehbar, aber dieses einzelwirtschaftliche Motiv darf nicht handlungsleitend für die Energiepolitik sein. Eine verbesserte Energietechnik-Forschung, eine moderne konventionelle Kraftwerkstechnik und die Durchsetzung regenerativer Energien lassen sich so nicht erreichen. Eine neue Studie des Umweltbundesamtes weist darauf hin, dass technisch die Stromversorgung bis 2050 auf erneuerbare Energien umgestellt sein könnte. Jetzt kommt es darauf an, diese technischen Möglichkeit Stück für Stück umzusetzen. An dieser Stelle zeigt sich, wie sehr die Energiewende auf eine aktive Politik angewiesen ist.

Innovationsfeld ökologischer Umbau

Grüne Produkte sind eine Herausforderung gerade für die schon bestehenden Industrien. In den Betrieben ist über Jahre hinweg die Arbeitsproduktivität immer weiter gesteigert worden, während der Energie- und Materialeinsatz nur selten im Zentrum der betrieblichen Leistungsverbesserung stand. Dies

muss sich künftig ändern. Diese Steigerung der Ressourcenproduktivität ist eine ökologische Notwendigkeit, sie ist aber auch aus arbeitspolitischer Perspektive vielversprechend.

Viele Maschinen, vom Aufzug bis zum 5-Achs-Bearbeitungszentrum, benötigen einen Großteil ihres Energiebedarfs für den Standby-Modus. Mit entsprechenden Verbesserungen lassen sich gigantische Einsparungen erzielen, die aus der Industrie heraus entwickelt werden müssen. Technisch ist dies mehr als ein bloßes „den Schalter umlegen“, es geht um eine riesige arbeits- und forschungsintensive Aufgabe.

Dieser ökologische Umbau der Industrie beinhaltet das Potential, um die Aufmerksamkeit der Kostenrechner von den Löhnen auf den relevanteren Materialeinsatz umzulenken. Es sind nicht nur die Unternehmen allein gefordert. Eine aktive ökologische Industriepolitik muss in den nächsten Jahren diese Herkulesaufgabe begleiten und auf einen entsprechenden Mix aus klaren Vorgaben, verbindlichen Grenzwerten und positiven

In den Branchen der erneuerbaren Energien müssen faire Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden



Foto: argus

Anreizen setzen. Ohne diese Rahmensetzung geht es nicht, der Markt ist leider blind gegenüber sozialen und ökologischen Erfordernissen.

Erneuerbare Energien brauchen gute Arbeit!

Windkraft und Solarenergie stehen hoch im Kurs. Die ökologische Vorbildfunktion sagt leider nur wenig über die Arbeitsbedingungen in diesen Branchen aus. Gute Arbeit bleibt bislang leider allzuoft auf der Strecke, auch wenn es in der Branche durchaus positive Einzelbeispiele gibt.

Beispiel Photovoltaik: Die in dieser Industrie vielfach anzutreffende getaktete Fließfertigung läßt den Beschäftigten nur ein geringes Maß an Gestaltungsmöglichkeit. Viele Beschäftigte berichten, dass ihr Arbeitsalltag durch eine belastende Monotonie geprägt ist. Hinzu kommen massive körperliche Beanspruchungen sowie Stückzahlvorgaben, die als unzumutbarer Stress erfahren werden. Prekäre Arbeitsbedingungen, permanenter Bewährungsdruck und häufig einzelvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen sind Kennzeichen dieser Arbeitsplätze.

Auch bei der betrieblichen Mitbestimmung befindet sich diese ökologische Vorbildbranche vielfach noch im Mittelalter. Neben fehlenden Betriebsräten sind Beispiele bekannt, in denen Beschäftigte beim Aufbau von Betriebsräten und der Ausübung des Grundrechts auf gewerkschaftliche Betätigung massiv unter Druck gesetzt wurden.

Es gibt keinen Zweifel an der Förderung regenerativer Energien. Aber die entsprechenden Unternehmen müssen auch arbeitspolitisch auf der Höhe der Zeit sein. Betriebsräte, anständige Löhne, nicht krankmachende Arbeitsbedingungen und Tarifverträge, darum geht es in den noch jungen Branchen. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, guter Arbeit und gewerkschaftlicher Betätigung keine Steine in den Weg zu legen.

Ausblick

Als IG Metall wollen wir unseren Teil dazu beitragen, in der Klima- und Umweltpolitik die Lücke zwischen dem Wissen um die Probleme und dem zögerlichen Handeln zu überwinden. Das ist eine Verpflichtung an uns selbst, die viel von uns abverlangt wird. Als Interessenvertretung der Arbeit setzen wir auch die soziale Gestaltung des ökologischen Strukturwandels. Ökologie und Erneuerbare Energien stehen gesellschaftlich hoch im Kurs. Es wäre gut, wenn die Umweltbewegung den sozialen und beschäftigungspolitischen Belangen mehr Aufmerksamkeit widmen würde.

Wir meinen: Ein „Deal für Umwelt und Arbeit“, der entsprechend des Nachhaltigkeitsansatzes die Lebensqualität der Menschen und damit gute Arbeit in einer intakten Umwelt an erste Stelle setzt, ist eine lohnenswerte Vision.

*Wolfgang Rhode ist Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall*